Die politische Lage in Deutschland

Deutschland im Aufschwung

Marktgerechter Ausbau der Erneuerbaren Energien

Jahreswirtschaftsbericht 2011: Die deutsche Wirtschaft wächst rasant. Nach dem Rekordwachstum im Jahr 2010 von 3,6 Prozent und dem Anstieg der Beschäftigung auf den höchsten Stand seit 1990 wird sich der Aufschwung auch im Jahr 2011 fortsetzen. Der Jahreswirtschaftsbericht 2011 erwartet im Jahresdurchschnitt 2011 einen Anstieg des realen Bruttoinlandsprodukts von 2,3 Prozent und ein weiteres Anwachsen der Beschäftigung auf durchschnittlich 40,8 Mio. Personen, in Spitzenmonaten sogar auf 42 Mio. Wir können damit rechnen, dass in diesem Jahr die Arbeitslosigkeit deutlich unter 3 Mio. sinken wird. Wir wissen, dass die Jugendarbeitslosigkeit in unserem Land ausgesprochen gering ist. Das bedeutet, dass Menschen in unserem Land Chancen haben, dass vor allem junge Menschen in Arbeit kommen und dass damit natürlich Perspektiven für die Zukunft gesichert sind. Es ist eine gute Perspektive, und es wundern sich viele auf der Welt, wie es Deutschland geschafft hat, so schnell aus der Wirtschafts- und Finanzkrise herauszukommen. Die Basis hierfür bildet neben dem Export inzwischen auch die gestiegene Binnennachfrage. Der Jahreswirtschaftsbericht 2011 macht deutlich, dass die christlich-liberale Koalition gut daran getan hat, die Maßnahmen zur Bekämpfung der Krise fortzusetzen und weiterauszubauen. Denn einen nicht geringen Anteil am Aufschwung hatte das Wachstumsbeschleunigungsgesetz, das im vergangenen Jahr eine Entlastung von über 24 Mrd. Euro brachte. Für die Wirtschaftspolitik kommt es jetzt darauf an, die Weichen richtig zu stellen, um die Wachstumskräfte in der Binnenwirtschaft langfristig zu stärken und damit den Wohlstand von morgen zu sichern. Hierfür hat die christlich-liberale Koalition mit einer Politik, die auf exzellente Bildung und Forschung setzt sowie für solide Staatsfinanzen, eine moderne Infrastruktur und eine klimafreundliche Energieversorgung steht, die richtige Strategie.

Nationaler Bildungsbericht: Die Beharrlichkeit, mit der wir in den vergangenen Jahren daran gearbeitet haben, die Bundesrepublik zur Bildungsrepublik um zu gestalten, zahlt sich aus. Der Nationale Bildungsbericht 2010 weist erfreuliche Kennzahlen aus. Die finanziellen Aufwendungen je Bildungsteilnehmer liegen über dem OECD-Durchschnitt. Die Schulabbrecherquote sinkt kontinuierlich und die Studienanfängerquote erreichte im Jahr 2009 mit 43 Prozent einen neuen Rekord. Der Bericht zeigt zugleich auch die Herausforderungen auf, vor denen wir im Bildungsbereich stehen. Dazu zählen vor allem der vorhergesagte Rückgang der Schülerzahlen an allgemeinbildenden Schulen von 9 Mio. im Jahr 2008 auf 7,3 Mio. im Jahr 2025, der insbesondere die westdeutschen Flächenländer treffen wird. Eine weitere Herausforderung ist die Überwindung von Problemen, die einige Kinder und Jugendliche in ihren Bildungschancen hemmen. So wachsen 29 Prozent der Kinder in Deutschland in einer sogenannten „Risikolage" auf, durch die ihre Bildungschancen beeinträchtigt sein können. In den Stadtstaaten sind es bis zu 40 Prozent. Ein Indiz für diese Situation ist, dass trotz rückläufiger Schülerzahl die Zahl der Förderschüler sowohl an den Förderschulen als auch an den allgemeinbildenden Schulen mit integrativer Förderung steigt. Um auch den Kindern ohne unterstützendes Umfeld erfolgreiche Bildungsverläufe zu ermöglichen, haben wir eine ganze Reihe neuer Instrumente eingesetzt: Dazu gehören im Einzelnen ein verstärkter Ausbau der frühkindlichen Förderung (Offensive „Frühe Chancen"), Bildungsketten mit individueller Begleitung – beginnend in der Schule bis in eine Berufsausbildung hinein – und nicht zuletzt im Rahmen der aktuellen Beratungen des SGB II ein umfassendes Bildungspaket. Nie wurde mehr Geld für Bildung im Allgemeinen und die Zukunftschancen sozial benachteiligter Kinder im Besonderen ausgegeben als unter der christlich-liberalen Koalition.

Ausbau der Erneuerbaren Energien: Der Ausbau der Photovoltaik in Deutschland entwickelt sich weiterhin sehr dynamisch. Auch im Jahr 2010 wurden die Erwartungen deutlich übertroffen. Insgesamt sind in Deutschland derzeit Solarstromanlagen mit einer Leistung von etwa 17.000 Megawatt installiert. Statt der Anfang 2010 prognostizierten maximal 5.000 Megawatt wurden im vergangenen Jahr mehr als 7.000 Megawatt in Betrieb genommen. So sehr wir den Ausbau der Photovoltaik begrüßen, so sehr müssen wir darauf achten, dass die zugrunde liegende Förderung im Interesse der Stromverbraucher kosteneffizient erfolgt und der jeweiligen Marktentwicklung flexibel angepasst wird. Ein schneller und überhitzter Ausbau der Photovoltaik würde die Energiekosten für die Bürger deutlich erhöhen. Aufgrund des unerwartet hohen Ausbaus der Photovoltaik soll deshalb die zum 1. Januar 2012 vorgesehene weitere Absenkung der Vergütung bereits teilweise zum 1. Juli 2011 erfolgen. Die Absenkung zum 1. Juli 2011 kann damit je nach Marktentwicklung bei einer Zubauprognose von mehr als 7.500 MW bis zu 15 Prozent betragen. Wegen der längeren Planungszeiten für Freiflächenanlagen soll die Absenkung für diese Anlagen erst zum 1. September 2011 erfolgen. Diese Änderung hat keine Präjudizwirkung für die zum 1. Januar 2012 geplante Novellierung des EEG.

Abschließend gilt es klar und deutlich festzuhalten: die Ausgangslage in Deutschland war lange nicht so gut wie heute! Bei auch nur annähernd so guten Wirtschafts-und Arbeitsmarktdaten würde die jetzige Opposition im Falle einer Regierungsbeteiligung Konfettiparaden durch das ganze Land organisieren und sich selbst feiern. Wer aber das bittere Dasein in der Opposition fristet, sucht natürlich immer nur das Haar in der Suppe. Bei allem Verständnis für die schwierige Lage der rot-rot-grünen Schicksalsgemeinschaft – wir lassen uns die gute Ausgangslage unseres Landes nicht kaputt reden!

Die Woche im Parlament

In dieser Woche haben wir im Rahmen einer **Gedenkveranstaltung für die Opfer des Nationalsozialismus** im Plenarsaal des Deutschen Bundestages der Opfer des Nationalsozialismus gedacht. Am 27. Januar 1945 hatten sowjetische Soldaten das Vernichtungslager Auschwitz befreit. Zum ersten Mal hat an diesem Gedenktag mit Zoni Weisz ein Vertreter der Sinti und Roma im Deutschen Bundestag gesprochen.

Unser Antrag **Entschädigungsleistungen für Opfer der Zwangssterilisierung und der „Euthanasie" in der Zeit des Nationalsozialismus** bekräftigt erneut die Ächtung von nationalsozialistischem Unrecht und bezeugt den Opfern der Zwangssterilisierung und den Opfern der „Euthanasie" sowie deren Angehörigen unseren Respekt und unser Mitgefühl. Wir fordern die Bundesregierung auf, in Anbetracht der lebenslangen schweren Beeinträchtigung der Opfer die laufenden monatlichen Leistungen für Zwangssterilisierte zu erhöhen. Die Regelung für Zwangssterilisierte soll auch auf die Opfer von „Euthanasie"-Maßnahmen erstreckt werden.

Mit unserem christlich-liberale Antrag **Programme zur Bekämpfung von politischem Extremismus weiterentwickeln und stärken** begrüßen wir das entschlossene Vorgehen der Bundesregierung bei der Extremismusbekämpfung und unterstützen ihre Haltung, rechtsextremistische, linksextremistische und islamistische Bestrebungen gleichermaßen zu bekämpfen.

Darüber hinaus haben wir die **Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an dem Einsatz der Internationalen Sicherheitsunterstützungstruppe in Afghanistan (ISAF) unter Führung der NATO** beschlossen. Die afghanische Regierung will bis Ende 2014 schrittweise die Sicherheitsverantwortung für ihr Land übernehmen. Die Bundesregierung ist zuversichtlich, im Zuge der Übergabe der Sicherheitsverantwortung die Präsenz der Bundeswehr ab Ende 2011 reduzieren zu können und wird dabei jeden sicherheitspolitisch vertretbaren Spielraum für eine frühestmögliche Reduzierung nutzen, soweit die Lage diese erlaubt und ohne dadurch unsere Truppen oder die Nachhaltigkeit des Übergabeprozesses zu gefährden.

In dieser Woche stand auch die **Wahl des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik** an. Zur Wahl stand der Bürgerrechtler und Journalist Robert Jahn, der sich in der DDR mutig gegen die Diktatur und das Unrecht gestellt und sich für Freiheit und Demokratie eingesetzt hat. Nach seiner gewaltsamen Ausbürgerung aus der DDR hat er sich bis heute kompetent und engagiert der Aufarbeitung der SED-Diktatur gewidmet und ist allen Verharmlosungen dieser Diktatur überzeugend entgegengetreten.

Beinahe 900 Mio. Menschen haben keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser und 2,6 Mrd. Menschen verfügen nicht über den Zugang zu ausreichend hygienischer Sanitärversorgung. Alle 20 Sekunden stirbt an den daraus resultierenden Folgen ein Kind. Mit unserem christlich-liberalen Antrag **Menschenrecht auf sauberes Trinkwasser und Sanitäreinrichtungen – Versorgung weltweit verbessern** unterstützen wir die Bundesregierung bei ihrem Vorhaben, für eine universelle Anerkennung des Menschenrechts auf sauberes Trinkwasser und Sanitäreinrichtungen im Rahmen der Vereinten Nationen zu werben.

Außerdem debattierten wir den **Dritten Bericht der Bundesregierung über die Umsetzung des Aktionsplans „Zivile Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung"**. Ziel des Aktionsplans ist es, Krisenprävention als politische Querschnittsaufgabe von Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik auf staatlicher und gesellschaftlicher Ebene zu verankern.

Mit unserem Antrag **150 Jahre diplomatische Beziehungen zwischen Deutschland und Japan** würdigen wir das historische Jubiläum der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Deutschland und Japan. Der Antrag enthält einen historischen Rückblick und fasst den Stand der bilateralen Beziehungen zusammen. Angeregt wird, einen Koordinator für den deutsch-japanischen Jugendaustausch zu beauftragen und im Jahr 2011 durch Stipendien den Austausch zwischen beiden Parlamenten zu fördern.

In 1. Lesung stand das **Gesetz zur Umsetzung der Richtlinie 2009/65/EG zur Koordinierung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften betreffend bestimmte Organismen für gemeinsame Anlagen in Wertpapieren (OGAW-IV-Umsetzungsgesetz – OGAW-IV-UmsG)** zur Debatte an. Ziel der europäischen Investmentfonds-Richtlinie ist es, die Effizienz des Investmentfondsgeschäfts zu erhöhen und der Praxis attraktive und wettbewerbsfähige Rahmenbedingungen zu bieten, gleichzeitig jedoch für den Schutz der Anleger einen einheitlichen hohen Standard zu schaffen. Aufgrund einer vergleichbaren Interessenlage sollen die Vorschriften auch für nicht durch die OGAW IV-Richtlinie harmonisierte Fonds (z.B. Offene Immobilienfonds) Anwendung finden. Das Umsetzungsgesetz enthält zudem steuerliche Maßnahmen.

Daten und Fakten

Schrumpfende Mittelschicht ein Mythos? Nachdem das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) im Juni des vergangenen Jahres in einer Untersuchung zur Entwicklung der Einkommensunterschiede in Deutschland feststellte, dass die Mittelschicht in Deutschland abnehme, gelangt nun eine Analyse des Institut der Deutschen Wirtschaft (IW) zu einem anderen Ergebnis. Folgt man der letztgenannten Studie, die im Auftrag des Roman-Herzog-Instituts erstellt wurde, zeigt sich die deutsche Mittelschicht seit dem Jahr 1993 relativ konstant. Die untere Einkommensschicht (Singlehaushalte mit einem monatlichen Nettoeinkommen von unter 860 Euro) schwanke leicht um einen Wert von 20 Prozent der Bevölkerung. Auch die obere Einkommensschicht (Singlehaushalt mit einem Nettoeinkommen von mehr als 1.844 Euro im Monat) verzeichne mit einem Anteil von 16-19 Prozent nur leichte Schwankungen. Damit stelle die Mittelschicht mit 60-67 Prozent einen auch im internationalen Vergleich hohen Anteil an der Bevölkerung dar. Während Mitte der 2000er Jahre die USA (29,9 Prozent), das Vereinigte Königreich (32,9 Prozent) und Italien (33 Prozent) durch eine schmale Mittelschicht geprägt gewesen seien, habe Deutschland mit 42,8 Prozent im Mittelfeld gelegen. Im 20-Jahres-Vergleich habe Deutschland nur eine geringfügige Abnahme von 2 Prozent zu verzeichnen, wohingegen z.B. Finnlands Mittelschicht um 7 Prozent schrumpfte. Während des Krisenjahres 2009 sei die deutsche Mittelschicht der Studie zufolge sogar um 0,6 Prozent gegenüber dem Vorjahr gewachsen.

(Quelle: Roman Herzog Institut)

Landesgruppe Niedersachsen
CDU/CSU FRAKTION IM DEUTSCHEN BUNDESTAG

Vorsitzender:
Michael Grosse-Brömer MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: 030 – 227 79498
Fax: 030 – 227 70139
Email: stefan.krueppel@cducsu.de
Internet: www.lg-nds.de